

**Rede  
der Fraktionsvorsitzenden**

**Johanne Modder, MdL**

zur Regierungserklärung

**„Aktuelle Sicherheitslage in Niedersachsen“**

gehalten in der  
Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags  
vom 20.01.2016

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ich danke zunächst unserem Innenminister für seine Unterrichtung zur Sicherheitslage in Niedersachsen. Vielen Dank für diese Standortbestimmung. Sie zeigt, dass wir gut daran tun, besonnen mit den aktuellen Herausforderungen umzugehen.

Ich danke auch dafür, dass Sie nichts beschönigt und die Fakten klar benannt werden. Ein fataler Fehler war nach den abscheulichen Straftaten in Köln auch die katastrophale Informationspolitik.

Es ist daher unverzichtbar, die Dinge klar und offen anzusprechen und nichts aus vielleicht falsch verstandener Vorsicht wegzulassen. Um es klar zu benennen, ja, es gibt auch Kriminalität durch Flüchtlinge. Das bestreitet auch niemand, aber wir dürfen eben auch nicht alle Flüchtlinge, insbesondere die jungen Männer, unter Generalverdacht stellen.

Besorgniserregend ist die Entwicklung bei der politisch motivierten Kriminalität. Wir alle müssen aufpassen, dass wir durch unsere Debatten nicht dazu beitragen, die Stimmung weiter aufzuheizen.

Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben in einem Papier Vorschläge zur Sicherheitspolitik in Niedersachsen gemacht. Ihr Papier ist mit „13 Punkte zur Stärkung der Sicherheit und Ordnung in Niedersachsen“ überschrieben. Es sind zwar 14 Punkte, aber sei es drum.

Inhaltlich werde ich später darauf eingehen.

Anrede,

Wir erleben nach den abscheulichen Ereignissen von Paris, Istanbul und Köln einen Wettbewerb der schnellen Lösungen. Viele dieser Lösungsvorschläge sind in Wirklichkeit gar keine. Teilweise führen wir richtige Scheindebatten, nur um den Menschen vorzugaukeln, dass etwas passiert.

Die Täter, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft, müssen ausfindig gemacht, verurteilt und bestraft werden. Ich vertraue darauf, dass unsere Sicherheitsbehörden die schwierigen Ermittlungen mit der notwendigen Sorgfalt führen und unsere Justiz das Strafrecht schnell und konsequent anwendet.

Anrede,

Und trotzdem stellen für mich die Ereignisse der Silvesternacht in Köln eine Art Zäsur dar. Es waren abscheuliche Übergriffe auf schutzlose Personen, die ich in aller Deutlichkeit und aufs Schärfste verurteile.

Dass dies auch andere so sehen, zeigt die Heftigkeit der aktuellen politischen Debatte. Bald jeden Tag kommen neue Vorschläge von allen politischen Seiten auf den Tisch.

Wer aber vorschlägt, dass in Köln auch die Schusswaffe hätte zum Einsatz kommen müssen, der macht dies entweder aus Unwissenheit über die Rechtslage oder, was sehr viel schlimmer wäre, aus Kalkül.

Gott sei Dank haben wir in unserem Land gut ausgebildete und besonnene Polizeibeamtinnen und -beamte, die ihre Einsatzmittel verantwortungsvoll einzusetzen wissen. Auch das hat der Bericht des Innenministers gezeigt.

Das Schlimmste aber ist, meine Damen und Herren, dass eine solche Äußerung eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden nicht durch Sie, Herr Thümler, als Vorsitzenden der CDU-Fraktion gestoppt und korrigiert worden ist.

Anrede,

Diese Zäsur, die Ereignisse von Köln, haben eine Diskussion hervorgerufen, die es zu sortieren und bewerten gilt.

Es werden viele verschiedene Dinge und Themen miteinander vermengt. Ich möchte den Versuch einer Abschtichtung vornehmen.

Als erstes stand die Frage im Raum, ob Männer aus dem nordafrikanischen, aus dem muslimischen Raum mehrheitlich eine andere Vorstellung vom Selbstbestimmungsrecht der Frau haben.

Viele haben sich das nach den abscheulichen Übergriffen gefragt.

Meine Damen und Herren,

wir haben lange für die Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft gekämpft und kämpfen an ganz unterschiedlichen Stellen leider immer noch.

Jede Frau und jeder Mann hat die gleichen Freiheiten und Pflichten. Jeder und jede haben aber vor allem das Recht der sexuellen Selbstbestimmung. Nein heißt auch nein. Und jeder, der hier lebt, und zwar völlig egal welcher Herkunft und aus welchem Kulturkreis er oder sie kommt, hat das zu akzeptieren!

Und als Frau sage ich auch ganz deutlich: Ich lasse mir auch von niemandem neue Verhaltensregeln aufschreiben! Das ist völlig unangemessen.

Anrede,

Ob uns die Integration der vielen Menschen, die tagtäglich zu uns kommen, auch gelingt, hängt von vielen Faktoren ab.

Ob der Zustrom weiter ungebremst anhält, ob wir im Bereich Sprache und Integration in den Arbeitsmarkt oder auch im sozialen Wohnungsbau vorankommen. Aber eben auch, ob unsere Rechtsordnung, unsere Wertegemeinschaft akzeptiert wird.

Wir müssen also nicht nur unsere Sprache, sondern auch das vermitteln, was unsere friedliche und stabile Gemeinschaft und unsere Rechtsstaatlichkeit ausmacht.

Denn, meine Damen und Herren, ich bin nicht dazu bereit, dass wir hinter das Erreichte zurückfallen: Alle Frauen und Männer müssen sich in unserem Land frei und unbeschwert bewegen können, ohne dass sie Übergriffen ausgesetzt werden, und zwar egal welcher Herkunft, Geschlecht oder Glaubens sie sind. Unser Land ist weltoffen und muss es auch bleiben.

Anrede,

Aber auch unsere Gesellschaft hat noch Nachholbedarf. Nicht jeder hält sich an diese Verhaltensregeln.

Das, was in Köln und auch in Hamburg passiert ist, hat natürlich eine andere Qualität und muss verfolgt und konsequent bestraft werden.

Und deshalb ist das zweite Thema der öffentlichen Diskussion auch völlig losgelöst von der Flüchtlingssituation zu diskutieren: Die Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Unsere Rechtsordnung muss jede, nicht einverständliche, sexuell bestimmte Handlung unter Strafe stellen.

Ich bin froh, dass nach dem Gesetzesentwurf von Bundesminister Maas es nun zu Verschärfungen kommen soll.

Auch das Bundeskanzleramt hat die monatelange Blockade des Entwurfs nun endlich aufgegeben. Ich hoffe, dass wir nun schnell zu den neuen Regeln kommen können. Denn sexuelle Übergriffe sind nicht erst seit Köln neu auf der Tagesordnung.

Das dritte Thema, meine Damen und Herren, das mit der Sicherheitslage vermenget wird, ist das Thema Abschiebungen.

Teilweise hat man den Eindruck, dass Abschiebungen ein Allheilmittel sind.

Daher fordern viele reflexartig schnellere Abschiebungen bei Straftätern.

Hier lohnt es sich nachzudenken, bevor man neue politische Forderungen in den Raum wirft. Zunächst brauchen wir doch eine Debatte darüber, ob das bestehende Recht auch angewandt wird. Wir dürfen nicht Lösungen vorgaukeln, wo keine sind.

Richtig ist daher der Ansatz von Sigmar Gabriel, sich um die Staaten zu bemühen, die nicht bereit sind, ihre Landsleute wieder aufzunehmen. Hier ist eindeutig der Bund gefordert.

Anrede,

Abschiebungen, also das Zurückführen von Menschen in ihre Heimatländer, ist jedoch kein Mittel, der Flüchtlingskrise insgesamt zu begegnen.

Und damit komme ich zum vierten Thema, das in der politischen Diskussion zurzeit schnell gezogen wird.

Oft entsteht der Eindruck, mit viel mehr Abschiebungen hätten wir die Probleme um den starken Zuzug gelöst. Das ist jedoch ein Irrglaube!

Anrede,

Wer rechtlich keine Chance auf Anerkennung als Asylberechtigter hat, muss wieder in das Heimatland zurück, keine Frage. Aber die Hindernisgründe, die dem oft entgegenstehen, sind doch nicht einfach aus der Luft gegriffen. Auch täte ein bisschen mehr Sachlichkeit in dieser Diskussion ganz gut.

Wichtiger ist es jedoch, dass wir die Fluchtursachen stärker bekämpfen. Wir müssen uns als wirtschaftlich starke Länder stärker vor Ort engagieren und dafür sorgen, dass die Menschen gar keinen Grund haben, sich auf den gefährlichen Weg zu uns zu machen.

Hier sind der Bund und die EU gefragt! Das müsste das Ziel von Frau Merkel sein! Leider bewegt sich da wenig. Und hier vermisse ich auch eine klare Positionierung der Landes-CDU. Kein Wort zu den ungebremsten Flüchtlingsströmen, kein Wort zum Versagen Ihres Bundesinnenministers und des BAMF, kein Wort zum Chaos bei der Registrierung. Alle wissen, bei Ihnen brennt die Hütte, Frau Merkel steht wie nie zuvor unter Druck und die CDU Niedersachsen blendet diese Fakten völlig aus. Also da kann man Ihnen nur gute Reise wünschen.

Anrede,

Als fünftes und letztes Thema, das hier neben allen anderen reflexartig auftaucht, ist das Thema Personal für die Polizei.

Schärfere Gesetze und mehr Polizei wird immer schnell gefordert. Und das aus allen politischen Richtungen. Nur macht es diese Forderung nicht richtiger.

Zudem muss man der Bevölkerung auch bitte erklären, dass die zusätzlichen Polizeikräften erst nach drei Jahren Ausbildung auf der Straße zur Verfügung stehen.

Ja, auch unsere Polizei steht unter einem enormen Druck und auch die Flüchtlingsströme tragen das ihrige dazu bei.

Dabei wissen wir doch alle, dass Niedersachsens Polizei so stark ist wie nie zuvor. Sie selbst haben in Ihrer Regierungszeit zusätzliche Stellen geschaffen.

Richtig ist, dass der Bund und viele Länder in den letzten Jahren teilweise massiv Personal bei den Polizeien abgebaut haben.

Wir in Niedersachsen aber haben den Höchststand gehalten. Wir haben mit dem zweiten Nachtragshaushalt sogar 50 Stellen und mit dem Haushalt 2016 weitere 150 Stellen zusätzlich geschaffen. Darüber hinaus haben wir für die Polizeiverwaltung Mittel für 85 zusätzliche Stellen bereitgestellt. Damit soll Vollzugspersonal aus der Verwaltung zurück auf die Straße gebracht werden.

Mit diesen Maßnahmen erreichen wir einen neuen Höchststand bei den Polizeibeschäftigten, der Innenminister hat darauf bereits hingewiesen.

Ich nenne hier auch nochmal die pragmatischen Lösungsansätze bei der sogenannten „Ein-Plattform-Strategie“, wo ab 2017 über 300 Beschäftigte für Vollzugs- und Verwaltungsaufgaben frei werden oder auch den Ansatz, die niedersächsische Polizei von der Begleitung der Großraum- und Schwertransporte zu entlasten.

Das sind echte Lösungsansätze und Entlastungen für unsere Polizei.

Anrede,

Als Reaktion auf die Anschläge von Paris hat unser Nachbarland NRW 200 zusätzliche Stellen im Polizeivollzug geschaffen. In der konkreten Situation von Köln hat ihnen das leider nicht geholfen. Weil nicht die Polizeikräfte das Problem waren, sondern die Einschätzung der Gefahrenlage.

Der pauschale Ruf nach mehr Personal ist also nicht immer richtig, meine Damen und Herren!

Und dennoch werden wir die Sicherheitslage in unserem Land weiter im Auge behalten und nachsteuern, wenn es nötig ist.

Wir machen eine vernünftige Politik mit Augenmaß und keinen hektischen Aktivismus.

Unser Land ist, auch was die Sicherheit angeht, in guten Händen. Herr Minister, vielen Dank nochmal für diese Unterrichtung!